TOSHIHARU KATO / AFP

Katastrophenhelfer in Japan

SPENDEN

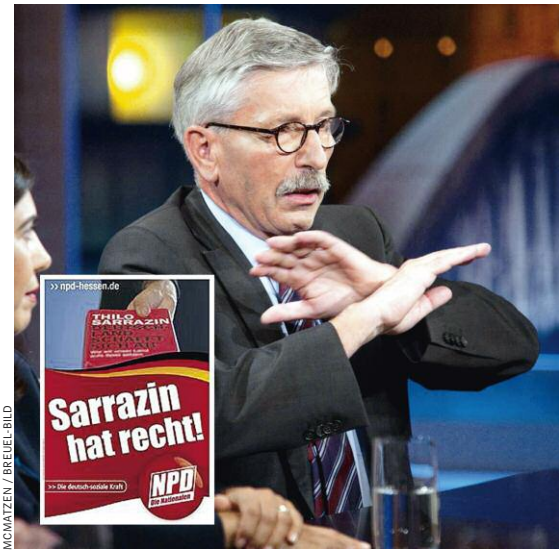
ARD verärgert Japan-Helfer

Mit der Weigerung, Spendenaufrufe für die Opfer der Katastrophe in Japan zu senden, hat das Erste die „Aktion Deutschland hilft“ (ADH) gegen sich aufgebracht. „Wir werden von der ARD bewusst ausgeschlossen“, sagt Geschäftsführerin Manuela Roßbach. „Unsere japanischen Mitarbeiter sind vor Ort, und die ARD tut so, als gäbe es keine Hilfe.“ Der Organisation, deren Schirmherr Richard von Weizsäcker ist, gehören unter anderem die Hilfsverbände Malteser, Johanniter, Awo und World Vision an. Sie beschwerte sich jetzt schriftlich bei der ARD-Spitze: „Auch die Spendenaufrufe des Bundespräsidenten und der Bundeskanzlerin an die deutsche Bevölkerung wurden durch die ARD nicht mit Hinweisen in den Nachrichten unterstützt.“ Hintergrund des Streits ist eine vertragliche Bindung der ARD an ihren Kooperationspartner „Bündnis Entwicklung hilft“. Der ist in Japan nicht aktiv, da er seine Arbeit auf Entwicklungsländer konzentriert, und hatte der ARD empfohlen, nicht zu Spenden aufzurufen. „Sie werden verstehen, dass wir dies nicht unwidersprochen hinnehmen können“, heißt es in dem Brief der ADH. Auch die Vorsitzende der ARD-Gremien, Ruth Hieronymi, beschwerte sich bei Programmdirektor Volker Herres. „Die Erklärung, Japan sei ein reiches Land und benötige daher keine Spenden, finde ich angesichts einer Katastrophe von historischem Ausmaß zumindest überraschend“, sagt Hieronymi. „Wir werden diese Position der ARD von unabhängigen Experten untersuchen lassen.“ Die ARD nahm keine Stellung.

VERLAGE

NPD darf nicht mit Sarrazin werben

Der Versuch der NPD, im Wahlkampf auf der Sarrazin-Welle zu surfen, hat vorerst ein juristisches Ende gefunden. Der Buchverlag Random House, der auch Thilo Sarrazins umstrittenen Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ verlegt, wehrte sich gegen die Verwendung des Buchcovers auf Wahlplakaten der rechtsextremen Partei zu den Kommunalwahlen in Hessen. Darauf war neben dem Buchdeckel auch der Claim „Sarrazin hat recht!“ zu lesen. Die NPD gab nun eine Unterlassungserklärung ab und verpflichtete sich, den Titel nicht mehr zu nutzen, „insbesondere wie auf dem Plakat“ geschehen. NPD-Rechtsabteilungsmitarbeiter Frank Schwerdt, der kein Jurist ist, hat die Erklärung nach eigener Aussage nicht „mit voller Überzeugung“ abgegeben. Man habe nur Unruhe im hessischen Kommunalwahlkampf vermeiden wollen.



MCMATZEN / BREUEL-BILD

Wahlplakat, Sarrazin

PRESSE

Plakatieren verboten

Eine Werbekampagne zur Neuauflage der Traditionszeitung „Moskowskije Nowosti“ unter dem Motto „Wir nennen die Dinge beim Namen“ hat die Schmerzgrenze der politischen Elite Russlands überschritten. Plakate, mit denen das Blatt in Moskau Korruption und Unfreiheit angeprangert hatte, mussten wieder entfernt werden – angeblich aus technischen Gründen. Auf den Werbetafeln waren Zitate russischer und internationaler Dichter und Geistesgrößen zu lesen, darunter jener Satz des Satirikers Michail Saltykow-Schtschedrin: „Es gibt Legionen von Halbstarken, die das Wort Staat im Mund führen, im Kopf aber nur ein Stück vom Staatskuchen abhaben wollen.“ Die Beschreibung aus dem 19. Jahrhundert trifft die aktuelle Lage im Riesenreich so genau, dass sie offenbar als Anti-Regierungs-Propaganda eingestuft wurde. Die „Moskowskije Nowosti“ (Moskauer Nachrichten), heute herausgegeben von der staatlichen Nachrichtenagentur RIA Nowosti, zählte in den achtziger und neunziger Jahren zu den führenden Reformblättern. Später gehörte die Zeitung dem inzwischen verhafteten Ölmagnaten Michail Chodorkowski, zeitweise auch dem russisch-israelischen Waffenhändler Arkadij Gaidamak. 2008 wurde sie eingestellt, von diesem Montag an soll sie wieder erscheinen.